



Aus für Produktionsschulen trifft im Rhein-Erft-Kreis junge Menschen in schwieriger Lage

Die schwarz-gelbe Landesregierung will das gute Förderangebot der Produktionsschulen abschaffen und durch das sogenannte Werkstattjahr ersetzen – einhergehend mit der Einschränkung des Teilnehmerkreises. Ohne Not wird hier ein System im Übergang Schule-Beruf zerstört, das sich in der Praxis hervorragend bewährt hat und mehr als 2.800 jungen Menschen – oftmals aus schwierigen Verhältnissen – eine Chance auf Ausbildung und Arbeit gibt.

Dies hat auch Auswirkungen auf den Rhein-Erft-Kreis. Direkt betroffen ist der in Bergheim angesiedelte Verein ASH Sprungbrett e.V., der aktuell im Rahmen des Programms Produktionsschule.NRW kreisweit 64 Plätze für Jugendliche und junge Erwachsene anbietet. ASH Sprungbrett hat nun vom Jobcenter die Mitteilung erhalten, dass im Rahmen des Programms Werkstattjahr nur noch 12 bis max. 18 Plätze für den gesamten Rhein Erft Kreis zur Verfügung stehen.

Für die Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsene, die die Altersgrenze für das Werkstattjahr überschreiten, wird vom Land keine Alter-

native angeboten und nur auf die Regeleinstrument und die Mittel des Job Centers verwiesen. Da aber durch die aktuell vorläufige Haushaltsführung des Bundes keine Planungssicherheit besteht, plant das Job Center wiederum eine dieser Maßnahmen für vier Monate auszusetzen bzw. erst Monate später wieder auszuschreiben.

Beim ASH-Sprungbrett e.V. sind daher Mitarbeiterstellen gefährdet und die mühsam angeschaffte Infrastruktur in Werkstätten muss möglicherweise wieder verkauft werden. Zudem droht, dass der ASH Sprungbrett seine Räumlichkeiten nicht mehr halten kann.

Die Landesregierung sorgt mit ihrer Entscheidung für Chaos in diesem schwierigen Arbeitsfeld. Sie lässt junge Menschen beim Übergang von Schule in Beruf im Stich und gefährdet auch im Rhein-Erft-Kreis erfolgreiche Strukturen zur Integration von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt. Die Landesregierung muss ihre Entscheidung dringend überdenken.

G8/G9 Konflikt verlagert

Ich hätte mir für die jetzige Schülergeneration eine klare Entscheidung zur Rückkehr zu G9 für alle Gymnasien gewünscht. Doch die CDU-FDP-Regierung macht es jetzt anders. So wird der Streit auf die Kommunen übertragen. Die Schulkonferenzen der Gymnasien entscheiden in diesem Herbst über ihre zukünftige Form. Problematisch ist, dass die einmalig getroffenen Entscheidungen in der Schulkonferenz ganz andere Schulgenerationen betreffen werden. Zudem wissen viele Eltern jetzt bei der Anmeldung noch nicht, ob sich das Gymnasium für G8 oder G9 entscheiden wird.

Gute Adresse für Startups

Besuchstermin im BusinessCenter Frechen beim Betreiber Herrn Humann: Über 80 Prozent Auslastung zeigen, dass gute und bezahlbare Adressen für Existenzgründer stark gefragt sind.

